

# Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals E. Aufermann). Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinspalt auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 89.

Tiflis, den 21. Dezember 1918.

10. Jahrgang.

## Nur im Café W. Höhne,

Tiflis, Golowinski № 8 (in der Nähe der Deutschen Ortskommandantur), bekommt man ein gutes Glas Kaffee Kakao mit Kuchen etc. etc. 0—11

## Deutsche Kaukasische WEINE

vorzüglichen Geschmacks werden zu Engrospreisen in der Weinniederlage der Kaukasischen Weinhandlungs-Gesellschaft: Tiflis, Michael-Prospekt 62—64, im Hofe, verkauft. 0—4

In einer deutschen Familie wird Mittagessen verabfolgt. Dasselbe werden Bestellungen auf Torten, verschiedenes Backwerk und Piroggen angenommen, welche auf Wunsch auch aus eigenem zugebrachtem Material zubereitet werden. Вельямнивокала ул. № 24 кв. 4. 3—2

## Bekanntmachung.

Ungefähr vor einem Monat entfernte sich aus Annenfeld bei Nacht in der Fieberhise ein Mann namens David Meier Alle diejenigen, welche über den Verbleib des Betreffenden (lebend oder tot) etwas wissen, werden freundlich gebeten, solches durch den Vorsteher der Gemeinde Annenfeld zu berichten. Frau Meier und Angehörige.

## Von der Redaktion.

Herr Konstantin Mergenthaler (Константи́н Карлович Мергентале́р), wohnhaft in Batu, 8. Kanipatinskaja Nr. 42 (Telephon Nr. 16—31), hat den Betrieb der „Kauk. Post“ in der Stadt Batu übernommen und sich bereit erklärt, Bestimmungen für die nächsten 2 Monate (Januar—Februar 1919) jetzt schon entgegenzunehmen. Bezugspreis: 15 Rbl. (wie bisher). Auch Einzelnummern werden bei dem genannten Vertreter erhältlich sein (Preis: 85 Kop.).

Im Auftrage des Deutschen Nationalrates in Transkaukasien: 3—3 Die Geschäftsleitung der „K. P.“

## Inland.

Im Zusammenhang mit der Mobilisation ist eine Verfügung des Zivil-Generalgouverneurs über Schließung sämtlicher Trauere- und Verbot des Weinverkaufs (auch in den Klubs u. a.) sowie Einschränkung des Straßensverkehrs (wieder nur bis 11 Uhr abends zulässig) unter dem 19. d. Mts. veröffentlicht worden und mit demselben Tage in Kraft getreten.

Am 18. Dezember ist die Grenze Georgiens mit Armenien gesperrt worden. Die Warenausfuhr über die übrigen Grenzen Georgiens wird nur mit jedwemaliger besonderer Erlaubnis bewilligt.

Zum Oberbefehlshaber der georgischen Truppen an der Vortschala'schen Front ist der Gehilfe des Kriegsministers General Grewanow ernannt worden.

Die Mobilisation im westl. Georgien geht ausgezeichnet vonstatten. In Kutais treten viele Schüler der höheren Gymnasialklassen als Freiwillige in die Armee. Alle Milizionäre der Zifliser Stadt-Miliz armenischer Nationalität sind entlassen worden.

Die Zeitung „Kawakastjoje Sijono“ ist wegen ihrer fälschlichen Richtung, für die ganze Zeit des Kriegszustandes geschlossen und die Typographie versiegelt worden. Der Redakteur, Ananow, wurde verhaftet und befindet sich zur Zeit in Hausarrest.

Desgleichen ist die armenische „Aschatawor“ von der Regierung unterdrückt worden.

Zum Brande des Palace-Hotels, über den wir schon in Nr. 87 berichteten, teilen wir in Ergänzung noch folgendes mit: Der Brand brach aus bisher unaufgeklärtem Grunde zunächst um 3 Uhr tags, an dem einen Ende des langgestreckten Gebäudes, dann, am Abend an dem anderen Ende und schließlich in der Nacht auch in der Mitte desselben aus, wobei sich die Flammen in der Richtung vom Kellergeschos zum Dachstuhl ausbreiteten. Die Feuerwehr konnte aus Mangel an Wasser das Feuer nicht energisch genug bekämpfen, und so brannte das Gebäude vollständig aus. Der Schaden ist sehr groß (man spricht von etlichen Millionen Rubel). Die Deutsche Delegation hat freilich den größten Teil ihrer Sachen gerettet. Dafür ist aber die ganze Einrichtung des Palace-Hotels sowie die Einrichtung des Hotels „Majestique“, die zeitweilig, bis zur Errichtung des letzteren, im Kellergeschos des erfinden abgestellt war und einen Wert von 1/2 Million (in Friedensgeld) repräsentierte, vom Feuer vernichtet worden. Desgleichen sind im Gebäude sämtliche Magazine ausgebrannt. Ein Teil der Waren konnte gerettet werden, wurde jedoch hernach geraubt. Unter der Menge hatte sich hernach das Gerücht verbreitet, als habe sich im Gebäude ein größeres Quantum der Deutschen Delegation gehörigen Benzin, Petroleum und Sprengstoff befunden, und infolgedessen der Brand solche Dimensionen angenommen habe. In Bezug auf dieses Gerücht ist dem Ministerium des Heeres von der Deutschen Delegation folgende Erklärung abgegeben: „Verschiedene örtliche Zeitungen behaupten, daß der Brand im „Palace-Hotel“ hervorgerufen, oder wenigstens verurteilt worden sei durch große Benzin-, Petroleum- und Sprengstoffvorräte, die sich angeblich im Hotel befanden. Die Deutsche Delegation erlaubt sich der georgischen Regierung mitzuteilen, daß diese Version nicht der Wirklichkeit entspricht. Außer einem geringen Vorrat an Masut zu Beheizungszwecken, hat das deutsche Kommando am Tage des Brandes keinerlei Vorräte an Benzin, Petroleum oder Sprengstoffen im Hotel gehabt.“ — Die gerichtliche Untersuchung der Brandangelegenheit (vermutlich Brandstiftung) ist im Gange.

Im Deutsch-Armenischen Kulturverein findet heute, d. 21. 12., der gesellige Abend nicht statt.

## Ausland.

### Deutsche Funksprache.

1.

Vom 16. Dezember:

In Trier wurde beschlossen, den Waffenstillstand bis 5 Uhr morgens des 17. 1. 19 zu verlängern; wird evtl. erneuert bis Abschluß des Vorfriedens.

„Deutsche Tageszeitung“ konstatiert, daß die Engländer in Wilhelmshafen die Waffenstillstandsbedingungen in größl. Weise verletzen. Die Auslieferung des noch nicht schleppfähigen „Madenstein“ scheint immer noch verlangt zu werden, ebenso die Auslieferung der Preisen; die Engländer wollen auch die Mannschaften der außer Dienst gestellten Schiffe internieren.

Britische Truppen haben den rechtsrhein. Rdliner Brückenkopf besetzt und die Amerikaner den Roblenger. Die Nationalversammlung der A- und S.-Räte kommt am 19. 12. im frühesten preuß. Abgeordnetenshaus zusammen. Der Rat der Volkskommissare wird über seine bisherige Tätigkeit Bericht erstatten.

Die Waffenstillstandskommission verhandelte in Trier mit Ententevertretern. Man kam überein, daß 2/3 Mill. Tonnen in Deutschland liegenden Schiffsraums zum Lebensmitteltransport verwendet werden sollen. „Vorwärts“ sagt dazu, die Entente müsse Deutschland Kredit gewähren, wenn die Hilfe mit Lebensmitteln praktischen Wert haben soll. Man müsse in den Ententeländern auch verstehen, daß wegen Rohstoffmangel Arbeitslosigkeit herrsche. Um Kriegsentfähigungen zahlen zu können, müssen Werte geschaffen werden. Es muß also unbedingt auch

Rohmaterial, bes. textiles, Gummi und Del herbeigeschafft werden.

In Berlin hat der Streik große Ausdehnung angenommen.

Eisner hat mit Ententevertretern Verhandlungen wegen Separatabkommens mit Bayern gepflegt.

Reuter: Das Geschwader der Alliierten reinigt Sewastopol von Deutschen, die mit Bolschewiken zusammenarbeiten.

Lloyd George wird absolut auf Abschaffung der Wehrpflicht in allen Ländern bestehen, sonst sei die Friedenskonferenz eine nutzlose Sache.

Bürgerkrieg in China, worüber die Entente ihr Bestreben ausdrückt; sie möchte, daß auch China an der Neugestaltung der Welt teilnehme.

Amerik. Presse: England hat bei Amerika eine für Indien bestimmte Anleihe in Silbergeld aufgenommen (ungef. 17 Mill. Dollars).

Lyon: Präsident Wilson in Paris enthusiastisch empfangen. — Nach Schweizer Quellen marschieren etwa 10 bolschewistische Divisionen, alles vermüdet, nach der deutschen Grenze, wo sie hoffen, daß deutsche Sozialdemokraten sich ihnen anschließen werden.

II.

Vom 17. Dezember:

Die Art, wie die Befestigungsgruppen die Waffenstillstandsbedingungen auslegen, bringt schwere Störungen im wirtschaftl. Leben mit sich. So lassen sie keine Eisenphosphate durch für Weiskalen, daher die Unmöglichkeit, Staatsaufträge auszuführen, deren schnelle Erledigung dem Arbeitsmangel abhellen würde. Die Gefahr des Schließens großer Betriebe wächst von Tag zu Tag. In Wiesbaden haben die Franzosen Jenur eingeführt. Zwischen Ludwigshafen und Mannheim haben sie die Rheinbrücke besetzt, verhindern pfälz. Bauern ihre Produkte auf den Mannheimer Markt zu bringen usw.

Ein Manifest (Anfang fehlt) schildert die wirtschaftl. Lage und fordert die Arbeiter auf, dies zusammengebrochene Wirtschaftsleben wieder herzustellen, um Hunger und Verlust der revol. Errungenschaften zu vermeiden. Der Sozialismus hat als Basis die Arbeit; also muß Arbeit gesucht werden, wödmöglich nicht in den Großstädten, sondern auf dem Lande.

Das Hauptinteresse der breiten Öffentlichkeit konzentriert sich auf die Frage, ob in kurzer Zeit die Nationalversammlung einberufen werden und das Räteregiment erstet werden soll.

Delegierte der Fronttruppen in Berlin und Umgebung fordern schnelle Einberufung der Nationalversammlung und Ueberweisung der ausführenden Gewalt an die Regierung durch Beschluß des am 16. 12. zusammengetretenden Zentralrats der A- und S.-Räte.

Merkenburg-Streitig hat am 15. 12. als erster deutscher Staat die Wahlen für die Konstit. Versammlung abgehalten.

Wahlen der A- und S.-Räte delegierten von Grobberlin in das Zentralkomitee der A- und S.-Räte ergeben 11 Majoritätssozialisten, 7 Unabhängige und 1 Liberalen (Intelligent).

Am 15. 12. begann Wahlenkamp in Berlin. Start besuchte Versammlungen aller Parteien. Ebert sprach im Zirkus Busch: Aufgabe der Reichskonferenz ist, die Erfolge der Revolution sicher zu stellen. Deutschlands Lage sei so ernst, daß alle Kinderkrankheiten schnellstens überwinden werden müssen. Gegenüber sich mehrenden Versuch, mit brutaler Gewalt Staatl. und kommunale Verwaltungen lahm zu legen, muß Reichskonferenz der A- und S.-Räte diesen Trennungstich ziehen. Sozial. Republik erfordert einheitl. geordnete Verwaltung. Die Sozialdemokraten in der Reichsleitung sind entschlossen, die Reichskonferenz vor die Entscheidung zu stellen. Wird es ihnen unmöglich gemacht, die Geschäfte so zu führen, wie sie es für nötig halten, werden sie nicht zögern, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen. Die Regierung muß auch die Kraft haben, ihre Forderungen durchzusetzen; diesem Zweck dient die neue Volkswehr... Wir sind fest entschlossen,

jeden Versuch die Nationalversammlung zu stören, niederzuringen. Weiter sagt Ebert, es sei möglich den Termin für die Nationalversammlung 4 Wochen früher anzusetzen (19. 1. 19). — Nebenliche Resolutionen in Versammlungen wo Scheidemann und Landsberg sprachen. Auf Veranlassung der deutschen demokr. Partei (aus bisher. Fortschrittler, linken Flügel der Nationalliberalen etc. zusammengefasst) sprachen Derrburg, Fr. Raumann, Fischbeck. — Entschließung: Versammlungen unterstützen Ebert-Haase-Regierung im Vertrauen, Mühe und Ordnung zu schaffen, erheben aber Einspruch gegen Verzögerung der Nationalversammlung, gegen separat. Bestrebungen, Mißwirtschaft in Finanzen, Mißachtung der Gesetz über Freiheit der Person und des Wortes; sie erwarten besonders, daß die Regierung von ihren Machtmitteln Gebrauch macht, um der Gewalt Herrschaft einzelner Gruppen ein Ende zu machen, die das Ansehen der Regierung gefährden und feindl. Einmarß heraufbeschwören etc.

Nationalliberale Partei hat sich am 15. 12. aufgelöst und neu gebildet unter dem Namen „Neue deutsche Volkspartei“ (der linke Flügel aber hat sich der deutschen demokratischen Partei angeschlossen). Am Begründungsabend der Rätekonferenz sprach Molenduhre (Vorländer des Berliner Volksgartens): Erles Ziel, Umhellung der Kriegs- in Friedensproduktion, Beschaffung von Waren aller Art. Dabei müsse kapitalistische Produktionsweise durch sozialistische ersetzt werden. Hauptaufgabe der Tagung dem Auslande zu sagen, daß wir eine verhandlungsfähige Regierung haben, Frieden wollen und Brot, eine Armee aus dem Volk und für das Volk etc. Polen hat die politischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. (Vorwand: ein Gebiet in Podlasken — am Bug — war noch unter Verwaltung Oberost; wurde den Polen zugesagt, aber Uebergabe konnte aus technischen Gründen nicht so rasch erfolgen, als die Polen wünschten).

Ebert auf Anfrage über die Lage der Regierung: Wir haben den größten Bankrott der Welt übernommen, was eine ungeheure Last uns auferlegt, was aber auch Vorteile bringt. Der wichtigste davon ist, daß wir keine politische Opposition haben. Unsere Gegner sind schwachköpfige Phantasten oder unverantwortliche Anarchisten. Unsere Politik wird auch durch wohlmeinende Realisten erschwert, die aber allmählich praktischen Erwägungen zugänglich werden. Die Opposition wird uns kaum gefährlich werden. Der Zusammenbruch des alten Systems ist so groß, daß es nicht an ein Wiederaufleben denken kann. Unsere Lage ist insofern gut, als wir keine Gewalt brauchen, um zu regieren. Die Armee neigt stärker zu uns, als wir hoffen. Die einzige schwere Drohung liegt in der wirtschaftlichen Lage.

Fr. Ra. Telegramme: Aus Wilsons Neben in Frankreich ist folgender Ausdruck zu bemerken: „In Zukunft müssen die Feinde der Freiheit in die Unmöglichkeit verfaßt werden, der Menschheit ihren Willen aufzuzwingen. Das dazu Nötige wird durch den Bund der Völker gesichert werden. Ich bin überzeugt, daß das auch die Lebensregel derjenigen ist, die eure (er spricht zu franz. Sozialisten) große Nation regieren.“

### Weitere Ausführungen Professor Dubrowskis zur Lage in Deutschland.

(„Nstl. Wst.“, v. 11. Dez.)

Am 16. Aug. 1914 stand im Organ der deutschen Sozialdemokratie „Vorwärts“ folgendes: „Von heutigen Tage an wird unsere Zeitung auf allen Bahnhöfen verkauft. Das Verbot, die Zeitung dort zu verkaufen, ist aufgehoben.“ Am 25. Aug. wurde folgender Beschluß des preussischen Kriegsministeriums veröffentlicht: „In Anbetracht des Verhaltens der sozialdemokratischen Partei im gegenwärtigen Kriege ist in keinem Falle die Verbreitung der Parteiliteratur und der Parteiblätter im Meer zu behindern.“ In den bekannten „Regeln für die Arbeiten zu Zwecken der Kriegesflotte“ wurden die Punkte, welche die Sozialdemokraten von den Werften fernhalten sollten, durch Verfügung der Regierung v. 5. Sept. gestrichen. Die nicht weniger bekannte Organisation „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, der spez. zum Kampf mit dem Sozialismus gegründet worden war, stellte seine Tätigkeit ein, nachdem er durch den Mund seines Präzidenten v. Liebert hatte verstanden lassen: „Das glänzende Verhalten des ganzen deutschen Volkes bietet Veranlassung, hiermit zu erklären, daß der Reichsverband während des Krieges nicht nur den notwendigen Frieden beobachten wird, sondern zugleich die Hoffnung hegt, daß auch in Zukunft der politische Kampf mit der soj.-dem. Partei sich als überflüssig erweisen wird.“

Wir könnten noch eine ganze Reihe anderer, nicht weniger deutlicher und berechtigt dafür anerkennen, daß die reaktionären und die Regierungen-Kreise des kaiserlichen Deutschlands mit dem Verhalten der soj.-dem. Partei während des Krieges außerordentlich „zufrieden“ waren. Sogar die am meisten unzulässigen Feinde der Soj.-Demokratie mußten ihre Verdienste anerkennen, und wurde z. B. bei den Wahlen in den badenischen Kantons, nach dem Tode des soj.-dem. Abgeordneten Krant, von allen Antagonisten der Partei verfügt, seinen Kandidaten von sich aus aufzustellen, sondern einstimmig für den Soj.-Demokraten zu stimmen.

Auf den ersten Blick erscheint dies alles unverständlich, oder, wenn auch verständlich, so ausschließlich als Ausdruck der Furcht der in Deutschland herrschenden Gesellschaftskreise vor der gewaltigen, 4 Millionen starken demokr. Organisation, oder als Resultat einer Stimmungsbänderung bei der Regierung und den entsprechenden politischen Organisationen, ihrer „Weisheit“ und „Weisheitsheit“, wie bin und wieder die Sänger der einen und der anderen sich ausdrücken beliebten. Betrachten sie doch nur, was das soj.-dem. Organ „Vorwärts“ im Juli 1914 schrieb. Im Laufe eines ganzen Monats wettete die Zeitung gegen diejenigen, welche „den Krieg vorzuziehen“, gegen Oesterreich-Ungarn, gegen die Regierungskreise Deutschlands, wettete unarmherzig mit der ganzen Macht der unerschiedenen Rede und mit der ganzen Unarmherzigkeit des Sarkasmus. Endlich, Ende Juli, erscheint das „Manifest der Arbeiterpartei Deutschlands“, in welchem wir lesen: „Genossen, wir fordern Euch auf, auf Waffenmehring den unbesieglichen Willen des Proletariats, den Frieden zu wahren, auszusprechen. Es naht die Gefahr. Es droht ein allgemeiner Krieg. Die herrschenden Klassen wollen Euch als Kanonensplitter benutzen. Es ist erforderlich, daß überall eure laute Stimme erschalle:“

den höchsten Spähren schwebten, wo es doch kalt ist und außerdem einsam.“

„Ich bin nie einsam“, rief die Lerche.  
„Aber unverehelicht.“ schloßte der Spah.  
Die Lerche erwiderte. Was wußte so ein Allermeltpas von den Schicksalen einer Künstlerin!  
Sie ließ sich nichts merken. „Wie geht's denn Ihnen Frau Gemahlin?“ rief sie Herrn Spah nach.  
„Schlecht, sehr schlecht“, der Spah verzog sein Gesicht. Dann aber machte er listige Augen und flüsterte: „Das ist auch ein Vorzug des Sängerbundes: man sitzt warm — und fern vom Nest. Und die Alte traut sich nicht hin.“  
Damit flog er fort.

„Ich werde die Nachtigall hören! dachte die Lerche. Die Nachtigall wird singen, die ich noch niemals gehört habe! Die Lerche war so erregt vor Erwartung, daß sie den ganzen Nachmittag nicht singen konnte.  
Am Abend flog sie pünktlich zu Grünpecks Wirtschaft. Es war ein umgeflörter Baumstamm, der bei fauligem Laub und dunklen Wasserlachen auf dem Boden lag. Grünpeck und Frau ließen ihn und her und stellten Eichelnapfchen mit Met vor die Gasse.  
„Kommen Sie! Nur keine Bange!“ sagte Herr Schilbe und reichte der Lerche die Schwingen. „Fräulein Lerche“, stellte er vor.  
„Woh! die bekannte Sängerin?“ fragte Herr Star, der oben an der Tafel den Vorstoß führte, und erhob seinen Schnabel aus einem Blätterpausen, in dem er gewühlt hatte.  
„Nur ihre Nichte“, flüsterte die Lerche verschämt und flü.  
Der Vorstehende aber machte ein strenges Gesicht.  
„Beralte GröÙe“, sagte er und knirschte wieder mit den Schrifftädeln, „wir müßten sie auffordern, denn der Pöbel.“ — und er sagte daselbe wie der Spah. „Wir kämpfen für den neuen Gesang!“  
Dann durste die Lerche sich setzen. Neben ihr saß Herr Schilbe und ihr gegenüber das alte Fräulein Krähe.

„Wir wollen den Krieg nicht! Fort mit dem Krieg! Es lebe die internationale Brüderlichkeit!“ ... Bemerkenswert ist es, daß die Sozialdemokratie Deutschlands sich in den Kriegen des Krieges, in seinen Veranlassungen prächtig zurecht fand, daß sie es sehr gut verstand, wie die Kriecher in Oesterreich-Ungarn und in Berlin zu suchen waren und wie nicht das „barbarische“ Ausland und nicht die europäischen Staaten diesen alleuropäischen Brand zu entfachen vermocht haben. . .

Da aber wurde der Krieg erklärt, und wir sehen nun, wie dieselben internationalen Kräfte, welche, vom Standpunkte der deutschen Sozialdemokratie, an diesem die ganze Menschheit betreffenden Unglück schuld waren, die allernüchternste Unterstützung bei letzterer und bei all ihren Organisationen und Vertretern fanden. Schon sehr bald nach der berühmten Rede Wilhelm II, vom Balkon seines Palais in Berlin, fast unmittelbar nach der Verkündigung des „Zustandes der drohenden Kriegesgefahr“, sehen wir die Sozialdemokraten Deutschlands die Worte ihrer hamburgischen Zeitung wiederholen: „Jetzt ist es nicht an der Zeit, danach zu forschen, wo die Hauptursachen des schrecklichen Unlücks liegen. Wir stehen vor Tatsachen. Wir müssen die Fänge zusammenfassen und uns verteidigen.“ Darauf erklärte die sozialdemokratische Partei ihren kopfengeren Genossen dieses ihr Verhalten folgendermaßen: „Die soj.-dem. Fraktion des Reichstags, als Vertreterin der Arbeiter, schließt sich der Regierungspolitik der Abwehr an und heißt daher das Kriegsbudget gut.“ Es gab soj.-dem. Organisationen, welche sich freiwillig eine „Kriegsteuer“ auferlegten. Der soj.-dem. Abgeordnete Noke schreibt eine Lobhymne auf die deutsche Flotte, das folgende lyrische Strophen enthält: „Ich gedachte der Wegezweige der Solden Wigows, als die düsteren Minenbojen jenseit über die Meeresschwogen dahinglitten. Was für starke und brave Burtschen an Deck! Nicht gut wird es dem Feinde ergehen, der sich ihnen in den Weg stellt.“ Der Abgeordnete Richard Fischer, einer der angesehensten soj.-dem. Parteimitglieder, trat mit der Behauptung auf, „daß der Reichsfiskus im Ernst und in ehrlicher Weise den Krieg zu vermeiden versucht habe und daß die soj.-dem. Fraktion der Regierung die Gerechtigkeit wiederfahren lassen müsse, daß sie allen Ernstes versucht habe, den Frieden zu bewahren.“ Und solcher Fälle des Hervortretens an die Öffentlichkeit und zwar mit solchen Erklärungen von seiten der deutschen Sozialdemokratie, hat es eine ganze Menge gegeben. Es genügt, die Berichte über die Reichstags-Sitzungen, angefangen mit dem bedeutungsvollen 4. August, nur mit einiger Aufmerksamkeit durchzugehen. Es genügt, auf die Stimmen der Sozialdemokraten zu achten, welche in der Tagespresse, in Proschüren, in Journalen, in Versammlungen, in den Fraktionsitzungen und auf den Meetings laut wurden. Man kann sagen, daß die Sozialdemokratie im ganzen, also an „Haupt und Gliedern“, von dem patriotischen Geist erfüllt war. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, bietet sich ein interessantes und im höchsten Grade lehrreiches Bild von dem Siege des nationalen Elements dar. Und nicht Tadel hat sie hierfür verdient, sondern — im Gegenteil — jene Wertschätzung, die ihr sogar von einem solchen Prolegorjan wie die „Post“ zuteil wurde. Man muß zugeben, daß in entscheidender Stunde, als dem Vaterlande Gefahr drohte, sie ihr Haupt vor dem Vaterlande beugte.

Aber nicht hierauf kommt es an. Vielmehr handelt es sich darum, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht nur ihr

### Der Wund der Sängerrürsten.

Eine Vogelgeschichte.

Von Anja Mendelssohn.

Die kleine braune Sängerin schwang sich hoch empor über den blauen Bogen des Tages. Das Licht entflammte sie und sie sang. Die glücklichen Stimmen ihrer Geschwister begegneten ihr in den Ästen, und sie antwortete ihnen. Die kleine Lerche sang höher, immer höher; sie sprühte funkelnde Töne über die leuchtende Dämmerung des Tages.

Als sie am späten Nachmittag zwischen den Feldern umherpazirierte und versperrte — noch ein wenig benommen von den Erlebnissen des Morgens — hielt sie plötzlich über-rascht im Bilde inne. Da stand auf einer herabgefuntenen Baumrinne geschrieen — weiß auf schwarz, und das können die Menschen nicht lesen — da stand: Wund der Sängerrürsten, Versammlung heute abend.

In Grünpecks Wirtschaft nämlich, bemerkte Herr Schilbe, der Oberstpaß aus dem Gutshof, und häßte neben die Lerche, „wollen Sie uns auch einmal das Vergnügen machen, Fräulein?“

„Aber ich bin keine Sängerrürstin!“ rief die Lerche. „Ich fange erst an.“

„Das macht nichts“, sagte der Spah, „ich führe Sie schon ein. Nur keine überflüssige Bescheidenheit.“

„Wird die Nachtigall kommen und die Singdrossel — und Herr Fink und Herr Hänßling?“ fragte atemlos die Lerche.

„Beralte GröÙe“, meinte der Spah wegwerfend. „Bielleicht kommen sie. Aufordern müßten wir“, denn der Pöbel schreit nach großen Namen. — Also, auf Wiedersehen heute abend!“

„Ja, gern, wenn ich darf“, sagte die Lerche und freute sich.

„Kommen Sie nur“, meinte der Spah herablassend. „Sie haben mit immer schon Leid getan, wenn Sie so in

Der Waldtauberich war da und eine kleine reizende Blaumeise. Die machte immer Neugier zu dem jungen Herrn Hänßling hinüber, der sich aber aufgeblasen hatte und ein unbehagliches Gesicht zog. Ein paar Döhlen lärmten, und eine dicke Spähin tat sich wichtig mit einem neuen Futterplatz. „Aber nicht weitergehen!“

„Pirol! Pirol!“ piff ein glänzender gelber Vogel. Er neigte sich zu der Krähe und flüsterte: „Man muß sich in Erinnerung bringen!“

Herr Kreuzschnabel war der Schachmeister. Er saß schweigend da und zählte an einem Haufen goldner Weizenkörner.

Aber die Nachtigall war nicht gekommen — das saß die Lerche mit Bekümmernung.

„Geheirte Anwesende“, begann der Star mit Würde. „Bei dem Sängerrürsten, das wir zum Empfang seiner Erhabenheit des Vogelkönigs die Ehre haben, veranstaltet zu dürfen —“ Weiter kam er nicht. Ein großer Lärm erhob sich.

„Bei dem Best soll jeder einzelne singen!“ riefen ein paar Döhlen.

„Nein, alle gemeinsam!“ freischrien die Döhlen, die wohl wußten, daß sie die andern überhöhen würden.

Alle trächelten und piepsten durcheinander. Keiner ließ den andern zu Worte kommen; niemand hörte auf den Vorhänden, der immerfort den Schnabel auf und zuperrte und herwegweift mit den Flügeln schlug.

„Jeder einzeln“, stürzte die kleine Blaumeise. Aber die Döhlen schrien am lautesten und darum bestielten sie recht. Und die reizende Blaumeise schwieg und wälchete. — Sie würde vor dem König der Vögel singen — was das nicht genug? Und sie würde eine kleine rote Beere im Schnabel tragen, wie keine andere Vogelkame sie hatte. — Aber dann konnte sie ja nicht singen! Nun, was tat das? Braucht eine hübsche Frau zu singen?

„Niemand darf gekränkt werden!“ freischrie das dürre Fräulein Krähe.

Vaterland verteidigte, sondern auch die imperialistischen Pläne Wilhelm II. unterstützte. Als die deutschen Regimenter nach Vernichtung der russischen Armee sich weiter fortbewegten, hat die Sozialdemokratie geschwiegen. Als die Kanonen Hindenburgs Paris bedrohten, hat sie jubelt, usw. usw. Die Sozialdemokratie ist in diesem Kriege mit der Regierung der Hohenzollern zusammengewandert. Und deshalb ist sie, vom Standpunkte der Koalition aus betrachtet, ebenso verantwortlich wie die frühere Regierung, mit der sie Hand in Hand gegangen ist. Von diesem Standpunkte aus, der, wir breiten uns diese Verwahrung einzulegen, nicht zugleich der unrichtig ist, gibt es keinen Unterschied zwischen dem, was war, und zwischen dem, was jetzt ist, nach dem Zusammenbruch der Macht des Deutschen Kaisers. Das ist auch mithin der Grund, weshalb die Koalition in ihrem Vordringen nach dem Herzen Deutschlands nicht aufzuhalten ist. Man muß sich nur deutlich und klar vorstellen, was die Verbündeten bezieht, nicht auf die Stimmen zu achten, welche um Schonung für das deutsche Volk betteln. Man muß sich nur gründlich durchdenken in all' dem, was eben im Wesen vorgeht, was sich erhebt und anwächst, man muß hieran von verschiedenen Seiten herantreten. So werden wir es auch tun.

**Im nördlichen Kaukasus.**

Eine Persönlichkeit, die unlängst aus dem nördlichen Kaukasus in Zürich eingetroffen ist, hat dem Berichterstatter des „Zf. Bl.“ über die dortige Lage folgendes mitgeteilt: „In den Kurorten ist eine tote Zeit angebrochen, seitdem die Bolschewiki mit den sogenannten Gegen-Revolutionären in schaudererregender Weise aufgeräumt haben. Wer nur konnte, ist fortgegangen; zurückgelassen sind nur Kranke und Arme. Der blutige Taumel hält an, und einige Familien angehänger oder wohlhabender Leute, die nicht die Möglichkeit gehabt haben, aufzubreisen, befinden sich nach wie vor in Todesgefahr, insofern nämlich die Bolschewiki sie als Geiseln betrachten und wie ihren Augapfel hüten. Die arme Klasse ist auch nicht vor schweren Ueberassungen bedraht: was der roten Armee gefüllt, das nimmt sie fort, angeblich zum allgemeinen Besten, wie z. B. Auszerst, Kleidung u. dgl. m. Bedrängt von allen Seiten, haben die Bolschewiki allerorten, wo sie Einfluß gewonnen, die männliche Bevölkerung bis zum 45. Lebensjahre ausnahmslos mobilisiert. Bei den Bolschewiki befindet sich viel Munition, und die Arbeit auf den Geschloß-Fabriken geht ziemlich erfolgreich vor sich. Die Leuerung wächst mit jedem Tage, und zwar nach Maßgabe dessen, wie sich der Ring enger schließt, in den die Freiwilligen-Armee die Bolschewiki hineingedrängt hat. Überall herrscht eine gebieterische Stimmung, das Bewußtsein der Ausschließlichkeit. Im Stawropol-Gouvernement haben die Bolschewiki so gut wie ausgespielt; gegen sie hat sich die Bauernschaft erhoben, die ihre landlichen Produkte nicht ausführen kann, welche daher verderben. Getreide gibt es dort in kolossaler Menge; es verkauft. Außer den Personen, welche in den örtlichen Zeitungen als Opfer der bolsch. Grausamkeiten bekannt gegeben worden sind, lebten in den Kurorten einige Großfürsten; sie sind rechtzeitig in den Rayon der Freiwilligen-Armee geflüchtet. Getreitet haben sich u. a.

auch Nobel, die Mantaschews, der frühere titifler Stadt-Ingenieur Enschadjan etc. Habitaufwas macht einen tröstlichen Einbruch. Das Leben ist erstorben. Inquisiten und Chinesen getieren sich wie Banditen; sie rauben und plündern. Ohne Befehdung kann man hier nichts erreichen. Sie fragen mich, welchen Eindruck Zifis auf mich mache? Hier kann man ausbreiten; hier herrscht Ruhe und Ordnung; hier ist es gut sein; die Leute gehen ungestört ihren Geschäften nach; dort sind sie schreckhaft wie Hasen.

**In Baku.**

Die politische Lage in Baku ist, wie dem „Zf. Bl.“ geschrieben wird, außerordentlich verwirrt. Das britische Militärkommando, mit dem Militärgouverneur General Tompion an der Spitze; der Höchstkommandierende der Land- und Seestreitkräfte im Kaukasus, General Bittscheraow, der auch den Namen führt: „Kommandeur der Partisanen-Abteilung“; die adjerbeidjanische Regierung, die ein Teil der Bevölkerung in eine „Koalitionsregierung“ zu verwandeln bestrbt ist, der „Kaufasisch-Raspischen Verband“ mit seiner Sonder-Regierung, — sie alle zusammengekommen bilden den komplizierten Bestand der gegenwärtigen Regierungsgewalt in Baku, die noch vervollständigt wird durch den bisher nicht besitzigten türkischen Gouverneur von Baku. Das unausbleibliche Resultat einer solchen Vielherrschaft ist die Herrschaftlosigkeit, von der man eine ganze Menge Beispiele von mehr oder weniger Bedeutung anführen konnte, aber das charakteristischste Beispiel ist in dieser Hinsicht die Lage der Reichsbank. Bekanntlich wurden seinerzeit alle Wertobjekte der Bakuer Abteilung der Reichsbank (und der Direktor dieser) vor dem Einrücken der türkischen Truppen auf den Dampfer „Guelina“, der auf der Bakuer Rede liegt, evakuiert. Die adjerbeidjanische Regierung hat statt der früheren Abteilung der Bank die „adjerbeidjanische Staatsbank“ eröffnet und hier ihren eigenen Direktor ernannt. Hieraus ergab sich nun folgendes Kuriosum: Der eine Direktor weigerte sich die Schlüssel von der Schatzkammer der früheren Bank dem anderen herauszugeben, solange nicht die alte Bezeichnung der Abteilung wiederhergestellt sein würde, wobei er seine Forderung auf den Spüß des Generals Bittscheraows barierte; der andere Direktor, der sich der Unterordnung der adjerbeidjanischen Regierung erfreute, drang auf das Öffnen der Schatzkammer. Dieser Konflikt mußte durch das britische Militärkommando, oder richtiger durch General Tompion gelöst werden, der aber bekanntlich sich in die inneren Angelegenheiten Adjerbeidjans nicht einmischen zu wollen, vorgebeht hatte. Diese Frage wurde auch seitens der Stadverwaltung in Beratung gezogen. Sie beschloß, bezüglich der Niederhaltung der Einlagen in die Sparkassen der Reichsbank sich mit einem diesbezüglichen Gesuch an General Tompion zu wenden. — An anderem, nicht weniger charakteristisches Beispiel der Vielherrschaft ist folgendes: Zwecks Erleichterung der Berpflegungskrisis in Baku hatte das Stadtamt in Lenkoran Getreide angelauft. Aber die Stadt Lenkoran hat ihren Vertreter in der Regierung des „Kaufasisch-Raspischen Verbandes“, zu dessen Bekande auch die Stadt Baku gehört. Dieser „Lenkoranische Minister“ verbot die Ausführung

namten Berpflegungsspostens für Baku, indem er sich darauf berief, daß er von der erwählten Regierung, hierauf keine Erlaubnis erhalten habe, worüber gleichfalls in der nächsten Sitzung der Stadtduma verhandelt wurde. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den obenangeführten Machthabern sind sehr unbekannt: Das britische Kommando, das Adjerbeidjan und seine Regierung formell nicht anerkennt, unterläßt aber faktisch mit leutender nicht nur den üblichen offiziellen Schriftwechsel, sondern teilt mit ihr bis zu einem gewissen Grade die Funktionen der obersten Regierungsgewalt. Polizeidirektor ist der engl. Oberst Koourit, während das übrige Polizeipersonal adjerbeidjanisch ist, was aber die Chargen des engl. Kommandos nicht davon abhält, sich unmittelbar und selbständig verschiedene Polizeifunktionen in der Eigenschaft der britischen Militärpolizei anzugewinnen. Dasselbe ist in allen anderen Verwaltungszweigen der Fall, wo die Organe verschiedener Mächte nebeneinander parallel, gelegentlich sogar einander konträr tätig sind. Das britische Kommando hält augenscheinlich General Bittscheraow und seine Abteilung für die Vertreter Russlands, aber die politische Hypothese Bittscheraows selbst und die Orientierung seiner Kampfnossen sind äußerst unbekannt, namentlich wenn man erwägt, wie oft er von der einen auf die andere der Russland zehrenden „Armeen“ übergegangen ist. Die Zusammenfassung des bittscheraow'schen Heeres ist auch eine sehr bunte: Teile der früheren Abteilung des Generals Baraton, die vorwiegend aus Kosaken bestehen, auf die der lange Aufenthalt in Perien nicht dezimalisierender wirken mußte; Freiwillige der Partisanenabteilung, die in den Dienst hauptsächlich der hohen Löhne wegen getreten sind, und die früheren armenischen Abteilungen von Bagratuni und Amasas, die zweifelsohne in ihren Bestrebungen mit dem übrigen Teil der Armee auseinandergehen. Freilich, die armen. Teile sind bereits deformiert, soweit es sich dabei um geforderte Kampfeinheiten handelte, aber sie sind im Bekande der Armee geblieben. Die Buntfärbigkeit des Bekandes der bittscheraow'schen Abteilung hat sich gleich in den ersten Tagen nach ihrem Einzuge in Baku fühlbar gemacht, indem sie Zusammenstoß hervorgerufen hat, die Menschensopfer gefordert haben, wobei das britische Kommando zur Vorbeugung weiterer Ereignisse scharfe Maßregeln anwenden mußte. Die Verfügungen General Tompions v. 17. 19 u. 22. Nov. sehen schwere Strafen für Störung der Ordnung und der öffentlichen Ruhe fest; die Soldaten und Matrosen aber bedrohen sie für das Tragen von Waffen mit der öffentlichen Hinrichtung. — Bittscheraow selbst erkennt anheimend die „Ufa'sche“ Regierung an, und ist ihm auch ein Vertreter der letzteren, der Oberst Golowin, attached. Inzwischen stützt sich auf Bittscheraow auch die „Kaufasisch-Raspische“ Regierung, deren Plattform wo n dem Programm der „Ufa'schen“ wesentlich abweicht und zu deren Bekande auch Vertreter der Raspißkotte mit dem früheren „Zentrosott“ gehören. Von irgend einem Kontakt mit der „Freiwilligen-Armee“ ist vorläufig nicht die Rede.

**Die Kriegerheimstätten-Bewegung in Deutschland.**

Die Jahre 1871, 72 und 73, nach den großen Sieges-tagen auf Frankreichs Feldern, haben deutlich gelehrt, daß der Aufschwung eines Volkes, wie er in jener Zeit für das deutsche Volk einleitete, der Mehrzahl seiner Mitglieder nachteilig werden kann. Laufend und aber laufender, sei für Deutschlands Einigung damals mit Begeisterung zur Fahne gerufen waren, die ihre Kraft und ihr Leben auf den Altar des Vaterlandes gesetzt hatten, mußten sich schon nach wenigen Monaten mit großer Betrübniß bitter geschnitten sehen, als die Vieten ihrer Wohnungen in kurzen Zeitfolgen mehrfach gefeigert wurden. Manche von diesen packte die Verzweiflung an dem neuemomenen Vaterlande und seinen gesellschaftlichen Einrichtungen. Kapitalisten gründeten Gesellschaften, deren Geschäft der Handel mit dem Boden, der insbesondere in den Industrie-Regenden sehr begehrt wurde, war. Ihre Geminne waren derart hoch, bis 100 und noch mehr Prozent, daß sie nach kurzer Zeit Millionen wurden.

Zu dieser künftlichen Steigerung der Mietpreise häuften sich die Klagen über die Schwermutigkeiten der Unterbringung kinderreicher Familien. Die hohen Bodenpreise machten das Ein- und Zwei-Familien-Haus für das Volk unmöglich. In großen Mietkasernen mußten damals viele der drauen Vaterlands-Kämpfer mit ihren Familien unter den dürftigsten Raumverhältnissen ihrer Erholung leben, wenn ihnen tagsüber der Schweiß von der Stirn gerannet war. Die Entwidlung der Kinder wurde stark beeinträchtigt. Mäander „Stolz der Mutter“ mancher „Liedling des Vaters“ verkrümmerte unter den mangelhaften Luft- und Lichtverhältnissen.

Der Bund deutscher Bodenreformer — Sitz Berlin N.W. 23. Lessing Str. 11 —, der seit etwa 30 Jahren am Werke ist, gesunde Wohnverhältnisse inbaug auf dem Boden zu schaffen, hat in Erkenntnis der Gefahren, die dem Volke durch die künstliche Steigerung der Bodenwerte drohen, mit betreudenden Organisationen am 20. März 1915 einen Hauptausfluß für Kriegerheimstätten gegründet. Die Bestrebungen, die derselbe in sein Programm aufgenommen hatte, fanden viele offene Türen und warme Herzen in allen Lagern des Volkes. Die Zahl der Verbänden und Organisationen war bis zum 20. Mai

Ungebuld nicht mehr begähnen. Sie zupfte den Spaken am Flügel und flüsterte: „Kommen sie wirklich nicht?“

„Wer?“ rief der Spaz und fuhr heftig auf seinem Sitz herum, „wer kommt nicht?“

„Die Sängerkühen!“ jagte die arme kleine Lerche.

Da schrie der Spaz so laut, daß alle plötzlich still waren: „Hört, hört! hier fragt jemand — ich nenne keine Namen —“ aber er deutete auf die erschrockene Lerche. — „Hier fragt jemand, ob die Sängerkühen nicht kommen! Hier sind die Sängerkühen!“

Das gab einen Aufstand! Der Tauberrich vergoß Tränen und die Krähe schimpfte; die Federn sträubten sich, und die Augen der Vogel funkelten. Nur die kleine Blauweisse dachte an den König und lächelte.

„So eine Frechheit!“ schrien die Dohlen, und ihre bösen großen Schnäbel kamen immer näher.

Da erschien Grunpfecht und verlangte die Lerche. Und die Lerche machte sich schleunigst davon.

Sie flog dahin durch den Wald, über die sumpfigen Wege, zwischen den Stämmen, in denen das Schweigen wie weißer Nebel hing. Sie flog dem Lichtschein entgegen, der sich bleich über den tiefen Himmel bog.

Da kam der Tag.

Und die Lerche hügte ihm entgegen, sie schwang sich auf den goldenen Sprossen des Lichtes empor und schwamm dort, wie ein dunkler Stern, wie des Lichtes tiefes dunkles Herz. Sie sang: Morgenseligkeit brauete durch sie. Sie war die Stimme des Lichts und ergoß sich stimmend hin-ab über den blauen Schlummer der Welt.

„Wie schön!“ sagten die Menschen, die müde und mürrisch an ihre Arbeit gingen, und sie hoben den Kopf ein wenig und lächelten.

Und die Lerche sang. Sie hatte den Wald vergessen und die zankenden Vögel, sie hatte sich selbst vergessen; sie flog höher und höher und sang —, ein kleiner jauchender Gerold Gottes.

„Niemand darf das Recht der Jugend verkümmern!“ piepte ein Vogelzungen, das einen sehr unförmlichen Schnabel hatte.

Der Schammeister aber pockte auf den Tisch und sagte: „Nur die zahlenden Mitglieder!“

Endlich verkündete der Vorsitzende, daß jeder am heutigen Abend etwas vortragen solle. Dann wollte man abstimmen, wer der Ehre würdig sei, am Festabend eine Einzelsimme zu singen.

Der Waldtauberrich begann. Seine Schwanzfedern bebten, er sah gen Himmel und sang: „Gurre gurre, ich liebe dich! Gurre gurre, ich liebe dich!“ Es war ein sehr langes Lied, und der Reprimar war: Gurre, gurre, ich liebe dich!

Das ist nicht neu! dachte die Lerche. Und sie erschrak über die Redzeit dieses Gebankens.

„Auserordentlich eigenartig!“ rief der Schammeister. „Ich schläge Herrn Waldtauberrich zum ordentlichen Mitglied vor.“

„Es ist ihm nur um den Beitrag“, flüsterte der Vorsitzende. Der Waldtauberrich aber hatte es gehört, und er erwiderte tief und schmerzlich:

Der Star sang und der Spaz. Das alte Fräulein Krähe zierte sich und sang dennoch. Nur der Fänigil wollte nicht, und plötzlich flog er ohne Abschied fort.

Dann war die Reihe an der Lerche.

„Nein, nein!“ rief sie erschrocken. — Hier singen!

in dem multigen Wald, vor den fetten Nachtschnecken und den fremden Vögeln? Konnte man singen ohne Sonne!

„Der Nächste“, befohl der Star. Und die Doble begann: „Schwermut“ hieß ihr Lied, und es war sehr lang. Die Lerche hatte ein bißchen geschlafen, aber der begeisterte Beifall weckte sie. — Die Nachtigall kommt nicht! — dachte sie, und sie sah ängstlich auf das Streifen Helligkeit, das durch die Stämme schimmerte. — Es wird Tag — und die Nachtigall kommt nicht!

Und der Lichtstreif wuchs, und die Lerche konnte ihre

1918 auf 3600 angewachsen. Gegenwärtig kann mit einer Bewegung, bis her etwa 5 000 000 Menschen stehen, gerechnet werden.

Unermüdet ist der genannte Ausschuss bemüht gewesen, seine Ziele zu erreichen. Im Frühjahr 1916 empfahl bereits der Wohnungsausschuß des Deutschen Reichstages eine Entscheidung, die auf Schaffung von Kriegerheimstätten hinstellt. Darauf beauftragte sich der Hauptausschuß (Budget-Kommission) eingehend mit dieser Frage. Er empfahl dem Reichstage folgende Entscheidung:

„Der Herr Reichsfinanzler wird ersucht, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren verlorungsberedigte Hinterbliebenen tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen, mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zwecke dauernd erhalten.“

Am 24. Mai 1916 nahm der Deutsche Reichstag diese Entscheidung einstimmig an.

Die Richtlinien, die der genannte Hauptausschuß für das erstere Gesetz zur Vorlage brachte, sind in nachstehend aufgeführten §§ (vergl. Adolf Damajische: Die Bodenreform, Grundbesitzliche und Geschäftliche zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not, S. 482—487) ausgedrückt:

§ 1. Das Reich gewährt den Bundesstaaten die Mittel (§§ 3—5) zur Errichtung von Familienheimstätten für die deutschen Kriegsteilnehmer oder ihre Kriegesverlorenenberechtigten Hinterbliebenen unter folgenden Voraussetzungen:

1. Die Kriegerheimstätten müssen geeignet sein, einen förmlich und lüthlich gesunden Volkswachstums zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Ertragnisse des heimischen Bodens zu steigern.

2. Soweit diese Ziele nicht eine andere Regelung erfordern, sollen unter den Bemerkern die ortsanfänglichen Kriegesverlorenen und Kriegeswidwen und die hinterbliebenen Familien zuerst berücksichtigt werden.

3. Kriegerheimstätten können nur von Staaten, Gemeindeverbänden, Gemeinden, oder von dazu ermächtigten gemeinnützigen Organisationen und Stiftungen errichtet werden. Diese können ihren gemeinnützigen Charakter nur mit Genehmigung des Bundesstaates und des Reiches ablegen und auch nur mit dieser Genehmigung über das dem Kriegerheimstättenzweck bestimmte Vermögen verfügen.

4. Die Kriegerheimstätten sind als solche ins Grundbuch einzutragen. Sie sind entweder Wohnstätten: Kleinhäuser mit Hintergärten, oder Wirtschaftliche Heimstätten: Ackerweiden oder landwirtschaftliche Anwesen kleinbäuerlichen Umfangs. Sie dürfen nur beruflich geeigneten Bewerbern mit angemessenem Betriebskapital verliehen werden.

5. Befehlender Besitz kann in Kriegerheimstätten umgewandelt werden.

6. Öffentlich-rechtliche Erschwerungen sind so weit zu beseitigen und die Besitzereinschränkungen so zu fördern, daß die Zwecke der Kriegerheimstätten voll erreicht werden können.

7. Die Heimstätte wird zu Eigentum übertragen, und zwar kaufweise gegen eine für den Heimstättenausgeber zur ersten Stelle eingetragene Rentenforderung, die nur mit Zustimmung beider Teile und des Reiches ablösbar ist.

Wohnstätten können auch auf der Grundlage des Erbbaurechtes und des Wiederkaufrechtes — deren Grundzüge siehe unten — errichtet werden.

8. Der Heimstättenausgeber hat das Recht auf Wiederauflösung der Kriegerheimstätte gegen Erstattung des Wertes der Baulichkeiten und Bodenverbesserungen, wenn der Heimstätteninhaber die Heimstätte veräußert oder aufgibt, sie nicht bauend selbst bewohnt oder bewirtschaftet, oder wenn sie an andere Erben als solche gerader Linie fällt, und die Pflicht der Rücknahme bei Aufgabe von Wohnheimstätten aus zwingenden Gründen.

Eine Veräußerung der Heimstätte ist nur im Einverständnis mit der Ehefrau zulässig.

Dauernd grobe Mißwirtschaft gibt dem Heimstättenausgeber das Recht auf Wiederauflösung der Heimstätte.

9. Eine Verleiherung von Kriegerheimstätten kann nur in Form von unkündbaren und löschungspflichtigen Tilgungshypotheken erfolgen, und zwar nur für zweckmäßige Bauten oder sonstige Verbesserungen. Für alle anderen Schuldenentragungen ist das Grundbuch der Kriegerheimstätten geschlossen.

10. Mindestens 10% der Baukosten soll der Heimstättenbewerber grundsätzlich aus eigenen Mitteln oder durch eigene Arbeit aufbringen. Wird ihm dieser Betrag von einer gemeinnützigen Kasse geliehen, so kann dafür eine Hypothek auf die Kriegerheimstätte eingetragen werden, ebenso zu Gunsten des Reiches für darlehensweise kapitalisierte Invaliden- oder Hinterbliebenenrenten.

11. Die Kriegerheimstätte kann wegen nicht eingetragener privatrechtlichen Forderungen nicht in Zwangsversteigerung gebracht werden. Sie ist unteilbar und durch Erbgang nur auf einen Erben übertragbar, bei Mangel legittimer Vererbung auf das jüngste Kind.

12. Die vorstehenden Bestimmungen sind sinngemäße Anwendung auf Häuser mit Wohnungen zur Dauerermietung. Die Häuser müssen im Flachbau errichtet sein und jede Wohnung mit einem damit zusammenhängenden Garten und einen dezentern Hauseingang haben.

§ 2. Das Organ des Reiches für die Kriegerheimstätten ist das dem Reichsamt des Innern eingetragene Reichsheimstättenamt.

§ 3. Für die Verbaugung gewährt das Reich die Verleiherung bis zu 90% der reinen Baukosten, die als nötig und

zweckmäßig vom Heimstättenausgeber anerkannt sind. Während des Krieges und zwei Jahre danach tritt eine Verleiherung durch die Darlehenskasse ein, die unter entsprechendem Austausch ihrer Verfassung bis zu 500 Millionen Mk. Darlehenskassenscheine dafür ausgeben dürfen. Diese Verleiherung ist mit 4% zu verzinsen. Diese gesamte Einnahme dient zur Einlösung der zu diesem Zwecke verausgabten Darlehenskassenscheine. Innerhalb der genannten Frist hat eine einmalige gesetzliche Regelung die öffentlichen oder öffentlich beauftragten Spar- und Sparkassenstellen mit einem Teil ihrer Jahresanlagen der Heimstättenbildung dienlich zu machen.

§ 4. Für Darlehen anderer öffentlicher Geldgeber für die Kriegerheimstätten übernimmt das Reich die Bürgschaft bis zu 90 v. H. der reinen Baukosten.

§ 5. Den Kriegesverlorenen und Kriegeswidwen ermöglicht das Reich durch Kapitalablösung des Kriegeszuschusses zur Invalidentrente die Erwerbung einer Heimstätte.

§ 6. Die Bundesstaaten haben in geeigneten Bezirken Heimstättenamtmänner zu berufen, die in Föhlung mit den zuständigen Stellen Ausfunsterteilung und Hilfe jeder Art bei Einrichtung und Bewirtschaftung der Kriegerheimstätten zu bewirken haben.

§ 7. Den Boden beschafft der Heimstättenausgeber. Ist für Wohnheimstätten geeigneter un bebauter Boden nach dem Ertrassen des Reichsheimstättenamts nicht verfügbar, erschließbar oder nicht freizubillig zu erwerben, so kann vom Reichsheimstättenamt dem Heimstättenausgeber das Entleiherungsrecht verliehen werden. Boden, dessen Preis 1 Mk. für den qm nicht erreicht, kann nicht entzogen werden. Muß er entzogen werden, so bestimmen die entsprechende auszubauenden Verprüfungsstellen für Lebensbedürfnisse den gerechten Preis des Baubodens.

§ 8. Wenn das Reich selbst außerhalb des eigentlichen Reichsgebietes oder im Reichsgebiete auf ihm gehörigen Boden Kriegerheimstätten errichtet, so finden die Vorschriften dieses Gesetzes entsprechende Anwendung.

§ 9. Der Name „Kriegerheimstätten“ darf nur geführt werden für Siedlungen, die den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechen“.

(Schluß folgt.)

### Die Frauenfrage.

Von Elisabeth Gnaud-Rühne.

Entwicklung und Organisation der Frauenbewegung in Deutschland.

(II. Fortsetzung.)

1905 spaltete sich dieser Verein in 1. den „Rauwmännlichen Verband für weibliche Angestellte“, Sitz Berlin, jetzige Vorf. Agnes Herrmann; Organe: „Zeitschrift für weibliche Handlungsbefähigten“ und „Archiv für Frauenarbeit“ und 2. die „Verbündeten Rauwmännlichen Vereine für weibliche Angestellte“, Sitz Frankfurt a. M., Vorf. Johanna Bartsch; Organ: „Die Handlungsbefähigten“.

1890 der „Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein“, gegründet von Auguste Schmidt, Helene Lange und Marie Voepers-Houffelle; Sitz Berlin; 154 Vereine; Organ: „Die Lehrerin in Schule und Haus“, Schriftleitung Marg. Treuge und Franziska Dhnsejorge. 1893 „Gruppen für soziale Hilfsarbeit“, gegründet von M. Gauer, jetzige Vorf. Dr. Alice Solomon (Jahresberichte). 1894 gründeten Cécilie Dose, Adele Gamber, Marie Stritt die ersten „Rechtsschutzvereine“, die sich 1904 zum Verband der Rechtsschutzvereine zusammenschlossen; Vorf. Frau Marg. Bennenow (Halle); Organ: „Mitteilungen“. 1894 „Verein für Fraueninteressen“, gegründet von Ita Freudenberg (München), † 1912; jetzige Vorf. Frau Rießelbach; Organ: „Frauentreiben“. 1894 „Allgemeiner Deutscher Verein für Hausbeamtinnen“; Vorf. Frau Geh. Rat Elisabeth Fraas (Frankfurt a. M.), Ehrenvorsitzende Frau Direktor Luise Raabe (Leipzig). 1897 Verband katholischer Beschäftigten, jetzt „Gesamtverband katholischer kaufmännischer Beschäftigten und Beamtinnen“; Vorf. Jeanne Trimborn (Uelz); Organ: „Korrespondenzblatt“. 1900 „Deutscher Bund abstinenter Frauen“; Vorf. Hulst v. Blücher (Dresden), Ehrenvorsitzende Ottilie Hoffmann (Bremen); Organ: „Die Abstinenz“. 1904 Jüdischer Frauenbund; Vorf. Berta Pappenheim, Sitz Frankfurt a. M. 1905 „Verband für weibliche Vormundschäft“ in Berlin, gegründet von Dr. jur. Frieda Duenning; Vorf. Frau Duntelberg. 1909 „Deutscher Frauenbund“, Sitz Berlin.

Im Jahre 1894 schlossen sich die in den verschiedenen Städten bestehenden Frauenvereine zusammen zu dem „Bund deutscher Frauenvereine“. Er erstrebte die Herstellung eines innern Zusammenhanges zwischen allen Frauenvereinen, die ihre Arbeit in den Dienst des Familien- und Volkswohls stellten“. Das Bestreben, eine Sonderstellung zu wahren, hielt Frau Rettler fern; aber schon 1895 erzwang der Verein „Reform“ den Anschluß; er änderte seinen Namen in „Frauenbund-Frauenstudium“, jetzige Vorf. Frau Julie Baffermann (Mannheim). Organ: „Mitteilungen des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium“. 1899 schloß sich der „Bund fortschrittlicher Frauenvereine“ zusammen, der die Gauerische „Frauenbewegung“ als Organ anerkennt und im Verein „Frauenwohl“ seinen Stützpunkt hat. 1913 hat er sich in eine „Zentrale“ für die Befähigung des Pro-

blems Beruf und Ehe“ umgewandelt. Zu ihr gehören Anita Augspurg, Marie Ujchenska, Ehe. Lüders. Die bemöglichte Richtung, die durch Gertrud Bäumer, Anna Ebinger, Helene v. Forster, Elisabeth Bräunleberg, Helene Lange, Anna Papprit, Alice Solomon, Marianne Weber vertreten wird, hat ihre Stützpunkte in den Landesverbänden sowie im „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“. — 1913 wurde als deutsches Glied des Weltbundes für Frauenstimmrecht der „Deutsche Verband für Frauenstimmrecht“ unter Vorf. von Dr. Anita Augspurg gegründet; Organ: „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“; Vorort Hamburg. Später entstand die „Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“, die zunächst den prinzipiellen Austrag anstrebt. Seit 1906 „Deutscher Reichsverband für Frauenstimmrecht“, Vorf. Frau Marie Stritt (Dresden); Organ: „Die Staatsbürgerin“. 1907 wurde der „Zentralverein für Arbeiterinneninteressen“ gegründet, jetzt „Ständiger Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen“; Vorf. Margarete Friedenthal (Berlin). — Der Bund deutscher Frauenvereine zählt gegenwärtig 600 000 Mitglieder; er besteht aus 58 Verbänden, die 3100 Vereine umfassen; dem Bund direkt angegeschlossen sind 335 Vereine; sein Zweck ist, der Frauenbewegung aller Arbeitsgebiete die Möglichkeit zu geben, sich zu einem nationalen Gange zusammenzuschließen. Vorf. Dr. Gertrud Bäumer. Organ: „Die Frauenfrage“.

Er ist ein Glied des „Internationalen Bundes“, aber alle fünf Jahre tagt und mehr als acht Millionen Mitglieder umfaßt. Vorf. die frühere Königin von Irland, Lady Aberdeen. Der Bund deutscher Frauenvereine hält alle zwei Jahre eine Tagung ab.

Dem Bunde ferngeblieben war bis 1908 die christliche Frauenbewegung, die 1893 von E. Gnaud-Rühne († 1917) ins Leben gerufen wurde, indem sie dem „Evangelisch-Sozialen Kongreß“ eine Frauengruppe angliederte, die sich später wieder auflöste. 1908 aber hat sich dem Bunde der „Deutsch-Evangelische Frauenbund“ angeschlossen, gegründet 1899 von Licentiat Weber u. Gertrud Knuth; jetzige Vorf. Paula Mueller (Hannover); Organ: „Evangelische Frauenzeitung“. Die Organisation ist zentralistisch; 134 Ortsgruppen, 16 194 Mitglieder. Der Anschluß an den Bund deutscher Frauenvereine ist wieder aufgehoben. 1918. Im Jahre 1899 entstand die erste der 13 Gruppen des Verbandes der kirchlich-sozialen Frauengruppen (1400 Mitglieder) Vorf. Frau v. Dannefeld (Berlin); Organ: „Mitteilungen der Freien kirchlich-sozialen Konferenz“. 1904 der „Katholische Frauenbund“; Vorf. Hedwig Dransfeld, Sitz Köln; Organ: „Frauenland“; zentralistische Organisation, 370 Zweigvereine mit 110 000 Mitgliedern. Die drei christlichen Organisationen arbeiten mit männlichen Beratern in Vorstand und Ausschuß durch Kommissionen, allgemeine Mitgliederversammlungen, Presse. Die beiden letztgenannten Organisationen sind dem B. D. F. B. nicht angeschlossen.

Einen neuen Boden der Vereinigung und des Zusammenflusses bietet das Vereinsgesetz vom 15. Mai 1908. Im Anschluß an dieses Gesetz hat sich als die erste politische Organisation die „liberale Frauenpartei für Groß-Berlin“ gebildet. Die Frauen der verschiedenen Richtungen gliedern sich den politischen Parteien an. 1912 hat sich ein „Bund zur Befähigung der Frauenemancipation“ gebildet, geführt von Professor Sigismund und Harter Werner.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus dem deutschen Leben.

Tiflis.

Die Gemeinde Tiflis feiert gemäß Synodalbestimmung am kommenden 24. Dezember, um 5 Uhr abends, den heiligen Abend mit liturgischem Gottesdienste. Sodann finden Weihnachts-gottesdienste am 25. u. 26. Dezember um 10 Uhr morgens statt. Die Kollekte vom heiligen Abend ist für die Armen, diejenige von den beiden Weihnachtstagen ist für den Lutherfond bestimmt.

R. Rayer, Pastor.

Am 15. Dezember wurde hier eine dramatische Sektion ins Leben gerufen. Damen und Herren, die sich für diesen kulturellen Zweck interessieren, und der Sektion als Mitglieder beitreten wollen, werden gebeten, sich in den Nachmittagsstunden jedes Tages bei Herrn Oberlehrer Schulz Michailowitsch 133 l. oder bei Herrn Oberlehrer Walling Ujchensky Peresolt 11 zu melden. Der monatliche Beitrag beträgt 1 Rubel für die Person.

J. A. D. Bernabky.

Herausgeber: Das J.-R. des transkauk. deutschen Verbandes. Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.